

Bericht

des

Verfassungsausschusses

über

die Vorlage der Staatsregierung (726 der Beilagen), betreffend ein Gesetz über die Mitwirkung der Nationalversammlung an der Regelung von Eisenbahntarifen, Post-, Telegraphen- und Telephongebühren und Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in staatlichen Betrieben Beschäftigten.

Die Regierung ist in der letzten Zeit öfter, als man es sonst gewohnt war, in die Lage gekommen, einerseits die Bezüge der in staatlichen Betrieben Beschäftigten und andererseits — teils mit teils ohne Zusammenhang mit diesen Bezügen — auch die Tarife und Gebühren, die in den staatlichen Verkehrsunternehmungen eingehoben werden, sowie die Preise der Monopolgegenstände zu erhöhen. Die Kompetenz der Regierung in dieser Hinsicht ist unstrittig. Da jedoch jede Erhöhung der Tarife, Gebühren, Preise und Bezüge für das wirtschaftliche Leben weiter Bevölkerungsgruppen von größter Bedeutung ist und indirekt auch das Budgetrecht der Nationalversammlung berührt, erschien es der Regierung selbst angezeigt, eine Neuregelung der Kompetenzen vorzuschlagen, durch welche die Festlegung der Tarifgrundlagen der Staatsbahnen und der vom Staate betriebenen Privatbahnen, der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, der Inlandverschleißpreise und Lizenzgebühren für staatlich bewirtschaftete Monopole und in einem gewissen Rahmen die Neu Festsetzung der Bezüge von Angestellten in den eben bezeichneten Betrieben an die Mitwirkung der Nationalversammlung gebunden wird.

Dadurch wird zweifelsohne ein Teil der Verwaltungsaufgaben der Regierung auf die gesetzgebende Körperschaft überwältigt. Es ist dies jedoch nicht zum ersten Male der Fall. Die Nationalversammlung übt durch den Hauptausschuß auch in anderen Belangen einen mehr als bloß indirekten Einfluß auf die Verwaltungsgeschäfte aus und ist auch sonst bestrebt, die Verwaltungsmaßnahmen der Regierung einer möglichst unmittelbaren Kontrolle zu unterziehen. Verfassungsrechtliche Bedenken konnten daher den Verfassungsausschuß nicht hindern, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen. Dagegen gab es merkwürdige Schwierigkeiten in der unbedingt nötigen genauen Umschreibung des Gebiets, auf dem in Zukunft die Nationalversammlung anders als bisher mitwirken soll. Es mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß die Nationalversammlung die Bezüge eines Teiles der Angestellten in den staatlichen Betrieben, nämlich jener, auf welche die Dienstpragmatik für die Staatsbeamten und Staatsdiener Anwendung findet, nach dem geltenden Rechte durch Gesetze regelt und daß auch die Festsetzung von Tariffätzen, Gebühren und Monopolpreisen nicht selten zwischenstaatliche Vereinbarungen, die als solche von der Nationalversammlung genehmigt werden müssen, Einfluß üben können. Andererseits durfte für jene Fälle, die bisher von einer gesetzlichen Regelung ausgenommen waren, nicht ein allzu umständliches und darum zeitraubendes Verfahren von Seiten der Nationalversammlung eingeführt und überdies mußte die Ermöglichung von generellen, jedoch — sollte das Gesetz nicht inhaltlos werden — nur verhältnismäßige

seltenen Ausnahmen vorgesehen werden. Dem Bestreben, diesen Anforderungen möglichst gut zu entsprechen, verdanken die Änderungen, welche die Vorlage des Ausschusses gegenüber der der Staatsregierung in den §§ 2, 3 und 4 aufweist, ihre Entstehung.

Da sowohl die einer Dienst- als die einer Lohnordnung unterstehenden Angestellten, so weit sie nicht nur rein vorübergehend zur Arbeit in staatlichen Betrieben aufgenommen werden, in den § 2 einbezogen werden sollten, wurde, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, der Ausdruck „Angestellte“, der oft auf die sogenannten geistigen Arbeiter eingeschränkt wird, an dieser Stelle und im Titel des Gesetzes durch die weitere Bezeichnung „Beschäftigte“ ersetzt.

Bemerkt zu werden verdient noch, daß das vorliegende Gesetz nicht auf alle staatlichen Betriebe Anwendung finden soll, zum Beispiel nicht auf die land- und forstwirtschaftlichen, die sich sowohl in Anbetracht der Preise für die erzielten Produkte als in den Arbeitsverhältnissen der in ihnen Beschäftigten wesentlich von den in § 1 der Vorlage genannten unterscheiden. In § 2 ist die Bezugnahme auf den § 1 mit Absicht festgehalten worden: Die Regierung soll in der Regelung der Bezüge der in den staatlichen Betrieben Beschäftigten nur soweit an die Mitwirkung der Nationalversammlung gebunden sein, als diese Mitwirkung auch bei der Bestimmung der Tarifgrundlagen, Gebühren und Preise für die in denselben Betrieben erzeugten oder von ihnen gehandelten Produkte oder die von ihnen zu erbringenden Leistungen erforderlich ist.

Ebenso ist es mit Absicht in § 3, Absatz 1, offen gelassen worden, ob die Nationalversammlung sich des Hauptausschusses oder eines besonderen ständigen Ausschusses bedienen will. Die Wahl zwischen beiden Möglichkeiten wird im wesentlichen durch die jeweilige größere oder geringere Belastung des Hauptausschusses mit anderen Agenden bedingt sein.

Der Verfassungsausschuß stellt den Antrag:

„Die Nationalversammlung wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurfe mit den vom Ausschusse beschlossenen Änderungen die Zustimmung erteilen.“

Wien, 22. März 1920.

Bauer,
Obmann.

Dr. Ignaz Seipel,
Berichterstatter.

Vorlage der Staatsregierung:

Anträge des Ausschusses:

Gesetz

vom

über

die Mitwirkung der Nationalversammlung an der Regelung von Eisenbahntarifen, Post-, Telegraphen- und Telephongebühren und Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in staatlichen Betrieben Angestellten.

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

§ 1.

Die Neufestsetzung

- a) der Tarifgrundlagen der Staatsbahnen und der vom Staate betriebenen Privatbahnen, soweit bei diesen der Staatseisenbahnverwaltung das freie Tarifierungsrecht zusteht, für die Beförderung von Personen und Reisegepäck sowie für die allgemeinen Gütertarifklassen und für jene Artikel, für die allgemeine Gütertarifklassen nicht vorgesehen sind,
 - b) der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Aufnahme- und Sprechgebühren, endlich
 - c) der staatlichen Inlandverschleißpreise und Verbrauchsabgaben (Lizenzgebühren) für Gegenstände der staatlich bewirtschafteten Monopole
- erfolgt, sofern nicht zwischenstaatliche Vereinbarungen oder sonstige von der Nationalversammlung genehmigte Abmachungen in Betracht kommen, nur unter Mitwirkung der Nationalversammlung.

§ 2.

Ebenso bedarf die Neufestsetzung der Bezüge von Angestellten, die in den im § 1 genannten Betrieben beschäftigt sind, der Mitwirkung der Nationalversammlung.

Gesetz

vom

über

die Mitwirkung der Nationalversammlung an der Regelung von Eisenbahntarifen, Post-, Telegraphen- und Telephongebühren und Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in staatlichen Betrieben Beschäftigten.

Die Nationalversammlung hat beschlossen:

§ 1.

Die Neufestsetzung

- a) der Tarifgrundlagen der Staatsbahnen und der vom Staate betriebenen Privatbahnen, soweit bei diesen der Staatseisenbahnverwaltung das freie Tarifierungsrecht zusteht, für die Beförderung von Personen und Reisegepäck sowie für die allgemeinen Gütertarifklassen und für jene Artikel, für die allgemeine Gütertarifklassen nicht vorgesehen sind,
 - b) der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Ausnahm- und Sprechgebühren, endlich
 - c) der staatlichen Inlandverschleißpreise und Verbrauchsabgaben (Lizenzgebühren) für Gegenstände der staatlich bewirtschafteten Monopole
- erfolgt [] unter Mitwirkung der Nationalversammlung.

§ 2.

Ebenso bedarf die Neufestsetzung der nicht durch Gesetz zu regelnden Bezüge jener Personen, welche in den in § 1 bezeichneten Betrieben ständig beschäftigt sind, der Mitwirkung der Nationalversammlung.

Vorlage der Staatsregierung:

§ 3.

(1) Die Staatsregierung legt ihre nach §§ 1 und 2 erforderlichen Anträge dem Präsidenten der Nationalversammlung vor und dieser weist sie unmittelbar dem Hauptausschuß oder einem besonderen ständigen Ausschusse der Nationalversammlung zu.

(2) Der Ausschuß hat die Anträge sofort in Verhandlung zu nehmen. Wenn über sie zwischen der Staatsregierung und dem Ausschusse das Einvernehmen erzielt wird, so hat der zuständige Staatssekretär die vereinbarte Neuregelung unter Hinweis auf die Zustimmung des Ausschusses kundzumachen.

(3) Undernfalls hat der Ausschuß an die Nationalversammlung zu berichten und Antrag zu stellen, worüber die Nationalversammlung Beschluß faßt. Hat die Staatsregierung gegen den Vollzug des Beschlusses Bedenken, so kann sie gegen ihn Vorstellung erheben. Auf eine solche Vorstellung finden die Bestimmungen des Artikels 5 des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 179, über die Volksvertretung sinngemäße Anwendung.

(4) Auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung hat der zuständige Staatssekretär die Neuregelung unter Hinweis auf die Zustimmung der Nationalversammlung kundzumachen.

§ 4.

Der Ausschuß kann dem zuständigen Staatssekretär die Ermächtigung erteilen, einzelne der in §§ 1 und 2 erwähnten Anordnungen, insbesondere wenn es sich um die Deckung erhöhter Selbstkosten der Betriebe handelt, innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Ausschusse ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

§ 5.

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

(2) Mit der Durchführung ist die Staatsregierung betraut.

Anträge des Ausschusses:

§ 3.

(1) Die Staatsregierung legt ihre nach den §§ 1 und 2 erforderlichen Anträge dem Präsidenten der Nationalversammlung vor und dieser weist sie unmittelbar dem Hauptausschuß oder einem besonderen ständigen Ausschusse der Nationalversammlung zu.

(2) (Unverändert.)

(3) (Unverändert.)

(4) (Unverändert.)

(5) Das in diesem Paragraph geregelte Verfahren findet keine Anwendung, soweit die Festsetzung durch Gesetz oder durch einen Staatsvertrag erfolgt, der der Zustimmung der Nationalversammlung bedarf.

§ 4.

Der Ausschuß kann dem zuständigen Staatssekretär die Ermächtigung erteilen, einzelne der in den §§ 1 und 2 erwähnten Anordnungen, insbesondere wenn es sich um zwischenstaatliche Vereinbarungen, um die Deckung erhöhter Selbstkosten der Betriebe oder um die Festsetzung von Löhnen für einzelne Kategorien von Beschäftigten handelt, innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Ausschusse ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

§ 5.

(Unverändert.)